

# Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

– Nichtöffentlich zu TOP 1 –

## Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

16. Sitzung

5. Dezember 2012

Beginn: 15.33 Uhr

Schluss: 18.32 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage

Vorsitz: Frau Abg. Cornelia Seibeld (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Senat wird durch Herrn Sen Heilmann (SenJustV), der ab Punkt 8 der Tagsordnung an der Ausschusssitzung teilnimmt, sowie Herrn StS Sraßmeir (SenJustV) und Frau StS Toepfer-Kataw (SenJustV) repräsentiert.
2. Zur Tagesordnung:

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wird Punkt 6 der Tagesordnung einvernehmlich vorgezogen und zu Beginn der Sitzung beraten.

Im Verlauf der Sitzung wird des Weiteren einvernehmlich folgende Reihenfolge der Beratung der noch offenen Tagesordnungspunkte nach Punkt 5 der Tagesordnung vereinbart: Punkt 9 der Tagesordnung, Punkt 8 der Tagesordnung, Punkt 7 der Tagesordnung, Punkt 10 der Tagesordnung.

### Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Antrag der Fraktion Die Linke

[0074](#)

Drucksache 17/0432

Recht

**Mieterinnen und Mieter vor vertragswidrigem  
Abriss der Wohngebäude Wilhelmstraße 56-59  
schützen**

BauVerk(f)

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache einvernehmlich mit den Stimmen aller Fraktionen, von einer inhaltlichen Stellungnahme zu dem Antrag – Drucksache 17/0432 – abzu-

sehen und den federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr entsprechend zu unterrichten.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird zu TOP 1 aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Ausschusses mit den Stimmen aller Fraktionen ausgeschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung

**Antrag auf Entscheidung über die Aufhebung einer  
Immunität eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses  
zur Ermöglichung der Durchführung eines  
Strafverfahrens auf Antrag des Leitenden  
Oberstaatsanwalts in Berlin**  
– 222 Js 6/12 –

[0099](#)

Recht

– nichtöffentlich –

Siehe hierzu nichtöffentliche Anlage zum Beschlussprotokoll.

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Verfahren gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs  
Beteiligung des Ausschusses an einem  
verfassungsgerichtlichen Verfahren gemäß § 44 Abs.  
2 GO Abghs  
hier: Verfassungsbeschwerden beim  
Bundesverfassungsgericht**  
– 1 BvR 1795/08 u. a. –

[0093](#)

Recht

In den Verfahren geht es um die Verfassungsbeschwerden von mehreren Beschwerdeführern im Zusammenhang mit der gesetzlich auferlegten Verpflichtung zur Durchführung der Jagd in einem Eigenjagdrevier in Bayern.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat mitgeteilt, dass er beabsichtige, in den verfassungsgerichtlichen Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss stimmt dem mitgeteilten beabsichtigten Vorgehen des Präsidenten, in den Verfahren keine Stellungnahme abzugeben, einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen zu. Der Präsident wird hierüber entsprechend unterrichtet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verfahren gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs [0094](#)  
**Beteiligung des Ausschusses an einem**  
**verfassungsgerichtlichen Verfahren gemäß § 44 Abs.**  
**2 GO Abghs**  
**hier: Verfassungsbeschwerden beim**  
**Bundesverfassungsgericht**  
**– 2 BvR 1561/12 u. a. –**Recht

In den Verfahren geht es um gleichlautende Verfassungsbeschwerden von vier Kino-betreibern, die von der Filmförderungsanstalt Berlin zur Leistung der Filmförderabgabe nach § 66 und § 67 des Filmfördergesetzes des Bundes (FFG) herangezogen worden sind.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat mitgeteilt, dass er beabsichtige, in den verfassungsgerichtlichen Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss stimmt dem mitgeteilten beabsichtigten Vorgehen des Präsidenten, in den Verfahren keine Stellungnahme abzugeben, einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen zu. Der Präsident wird hierüber entsprechend unterrichtet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion [0062](#)  
Drucksache 17/0303 Recht  
**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die**  
**Erhebung von Steuern durch öffentlich-rechtliche**  
**Religionsgemeinschaften im Land Berlin** Haupt  
**(Kirchensteuergesetz-KiStG)** Kult(f)

Dem Ausschuss liegt die schriftliche Stellungnahme des Senats vom 12. Juni 2012 zum Antrag der Piratenfraktion – Drucksache 17/0303 – vor.

Herr Abg. Dr. Weiß (Piratenfraktion) begründet Punkt 4 der Tagesordnung.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn StS Straßmeir (SenJustV) beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag – Drucksache 17/0303 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den mitberatenden Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer  
Entschließung  
Drucksache 17/0009  
**Berlin lehnt das Schwarzgeldabkommen mit der  
Schweiz ab**

0005

Recht

Haupt

Dem Ausschuss liegt die schriftliche Stellungnahme des Senats vom 24. Januar 2012 zum Antrag der Fraktion Die Linke – Drucksache 17/0009 – vor.

Herr Abg. Dr. Lederer (Die Linke) begründet den Antrag – Drucksache 17/0009 – für seine Fraktion.

Nach Aussprache und Stellungnahme von Herrn StS Straßmeir (SenJustV) beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion, den Antrag – Drucksache 17/0009 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum über den Hauptausschuss.

Punkt 9 der Tagesordnung (vorgezogen)

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50  
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache 17/0658  
**Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben  
nach §§ 802 k Abs. 1 Satz 2, 882 h Abs. 1 Satz 2 und  
3 der Zivilprozeßordnung und § 6 Abs. 1 der  
Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7  
Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung  
zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen  
Vollstreckungsportals der Länder**

0100

Recht

Herr StS Straßmeir (SenJustV) erläutert die Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 17/0658 für den Senat.

Nach der Aussprache wird Punkt 9 der Tagesordnung mit Kenntnisnahme der Vorlage – Drucksache 17/0658 – abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung (vorgezogen)

- |    |                                                                                                                                                                                                                                     |                                            |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Massenhafte Funkzellenabfrage in Berlin – Anwendungspraxis des § 100 g Abs. 2 S. 2 StPO und Umgang der Behörden mit betroffenen Bürgern</b><br>(auf Antrag der Piratenfraktion)        | <a href="#">0030</a><br>Recht              |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Funkzellenabfrage – staatsanwaltliche und gerichtliche Praxis, Betroffene, Ermittlungserfolge und Verhältnismäßigkeit in Berlin</b><br>(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | <a href="#">0072</a><br>Recht              |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/0162<br><b>Grundrechtsschutz statt massenhafter Funkzellenabfrage</b>                                                                                                                | <a href="#">0039</a><br>Recht(f)<br>ITDat* |
| d) | Antrag der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/0158<br><b>Allgemeine Dienstanweisung durch den Justizsenator an die Staatsanwaltschaft Berlin</b>                                                                                      | <a href="#">0038</a><br>Recht(f)<br>ITDat* |

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss vereinbart einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, in dieser Sitzung die Anhörung durchzuführen und die weitere Aussprache in der nächsten Ausschusssitzung im Januar 2013 nach Vorlage des Wortprotokolls vorzunehmen.

Herr Abg. Dr. Weiß (Piratenfraktion) begründet Punkt 8 a) und Punkt 8 d) der Tagesordnung für die Piratenfraktion.

Herr Abg. Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) begründet Punkt 8 b) der Tagesordnung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Abg. Dr. Lederer (Die Linke) begründet Punkt 8 c) der Tagesordnung für die Fraktion Die Linke.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Buermeyer (Richter am Landgericht Berlin)
- Herr Hilbrans (Rechtsanwalt, Berlin)
- Herr Professor Dr. Albrecht (Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg)

- Herr Raupach (Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Berlin)

Im Anschluss an die Anhörung werden die Punkte 8 a) bis 8 d) der Tagesordnung einvernehmlich vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Aktuelle Viertelstunde**

Herr Sen Heilmann (SenJustV) nimmt zu folgender Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung:

"Razzia bei Springer: Der Justizsenator als Ermittlungsleiter?"

(siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 10 Tagesordnung

**Verschiedenes**

Nächste (17.) Sitzung: Mittwoch, 9. Januar 2013, 15.30 Uhr.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Cornelia Seibeld

Benedikt Lux